



Bekanntmachung der Gemeinde Lindlar

Bebauungsplan Nr. 20 E – Ortskern Lindlar -, XI. Änderung

Der Rat der Gemeinde Lindlar hat in seiner Sitzung am 16.12.2008 den o. g. Bauleitplan als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich des o. g. Bauleitplanes ist in dem nachstehend abgedruckten Übersichtsplan kenntlich gemacht (Geobasisdaten: Verm.- und Katasteramt Gummersbach).

Gemäß § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zurzeit geltenden Fassung, § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023) in der zurzeit geltenden Fassung in Verbindung mit den Bestimmungen der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung – BekanntmVO) vom 26.08.1999 (GV.NRW. S 516) und gemäß § 12 der Hauptsatzung der Gemeinde Lindlar vom 11.03.2008, in der zurzeit geltenden Fassung wird der Beschluss zu dem Bebauungsplan Nr. 20 E - Ortskern Lindlar -, XI. Änderung hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Mit dieser Bekanntmachung und der Bekanntmachung der erforderlichen Hinweise tritt der Bebauungsplan Nr. 20 E – Ortskern Lindlar -, XI. Änderung, gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Hinweise:

1. Der o. g. Bauleitplan wird im Fachbereich Bauen, Planen und Umwelt der Gemeinde Lindlar, Borromäusstr. 1, 51789 Lindlar, zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden bereitgehalten.

Dienststunden sind

Di., Mi. und Do.	8.00 Uhr – 12.00 Uhr und 14.00 Uhr – 16.00 Uhr
Mo.	8.00 Uhr – 12.00 Uhr und 14.00 Uhr – 18.00 Uhr
Fr.	8.00 Uhr - 12.00 Uhr

Über den Inhalt des Bauleitplanes wird während der Dienststunden auf Wunsch Auskunft erteilt.

2. Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 des BauGB bezeichneten Verfahrens- oder Formvorschriften ist für die Rechtswirksamkeit des o. g. Bauleitplans gemäß § 215 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieses Bauleitplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist.

Die Verletzung und der die Verletzung begründende Sachverhalt sind gegenüber der Gemeinde darzulegen.

3. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Sätze 1 und 2 des BauGB über die Geltendmachung von Planungsentschädigungsansprüchen durch Antrag des Entschädigungsberechtigten an den Entschädigungspflichtigen wegen der in den §§ 39 – 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile und auf das nach § 44 Abs. 4 BauGB mögliche Erlöschen dieser Ansprüche, wenn der Antrag nicht innerhalb einer Frist von drei Jahren gestellt wird, wird besonders hingewiesen.
4. Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften kann gem. § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung NW gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn
 - a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
 - b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
 - c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschuß vorher beanstandet oder
 - d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Lindlar, den 08.01.2009

Dr. Hermann-Josef Tebroke
Bürgermeister

aufgehängt am:.....

abgehangen am:.....

bestätigt

